

04 | Für starke Familien in einem kinderfreundlichen Thüringen

Familienpolitik



Die AfD ist die Familienpartei in Thüringen. Wir bekennen uns zur traditionellen Familie, bestehend aus Vater, Mutter und Kind(ern). In den Familien wird Zuwendung, Geborgenheit, Vertrauen und Solidarität gelebt, aber auch gegenseitig Verantwortung übernommen. Ehe und Familie stehen unter dem besonderen Schutz des Grundgesetzes und dürfen durch die Politik nicht infrage gestellt werden.

Die aktuelle Regierungskoalition in Thüringen orientiert ihre Familienpolitik überwiegend am Thema Erwerbstätigkeit, indem die Frage nach der Vereinbarkeit von Familie und Beruf in den Mittelpunkt gerückt wird. Aus Sicht der AfD handelt es sich hierbei um eine unzulässige Verkürzung des Gesamtzusammenhangs Familie. Familien stellen nämlich, ungeachtet erwerbsbezogener Aspekte, zunächst die biologische und kulturelle Zentralinstitution der Gesellschaft dar. Für einen Staat, der in seine Zukunft investiert, muss eine verlässliche Politik für Familien und Kinder an erster Stelle stehen. Die Bejahung der Elternschaft im Sinne einer Kultur des Lebens ist ein Leitgedanke zukunftsweisender Familienpolitik.

Die AfD möchte aus Gründen der Existenzsicherung schrittweise ein Familiengeld in angemessener Höhe einführen. Mit diesem Familiengeld soll es künftig möglich sein, dass eine Familie mit kleinen Kindern von einem Gehalt leben kann. Dadurch wird den Eltern die Möglichkeit gegeben, sich frei von finanziellen Zwängen zwischen Berufstätigkeit oder Erwerbspause zu entscheiden. Die Belastung von Eltern durch Kindergartengebühren möchten wir insbesondere im mittleren Einkommenssegment, d.h. bei Familien von Arbeitern, Angestellten und Selbstständigen thüringenweit deutlich absenken.

Demographie und bevölkerungspolitische Herausforderungen

Der demographische Niedergang Deutschlands zeigt auch in Thüringen seine Auswirkungen. Mit einer weitsichtigen Bevölkerungspolitik hätte man der negativen Entwicklung der Altersstruktur zumindest teilweise gegensteuern können. Eine aktive und vorausschauende Bevölkerungspolitik wurde von den Altparteien in Thüringen jedoch nicht betrieben und fälschlicherweise auch nicht für notwendig erachtet. Auch deshalb altert und schrumpft die Bevölkerung im Freistaat – mit vielen negativen Folgen für das Land. Eine ungesteuerte und in weiten Teilen illegale Masseneinwanderung kann allerdings nicht die Antwort auf die bevölkerungspolitischen Versäumnisse der letzten Jahrzehnte sein.

Artikel 17 Absatz 1 der Thüringer Verfassung: „Ehe und Familie stehen unter dem besonderen Schutze der staatlichen Ordnung“. Das muss auch so bleiben.

Für ein Familiengeld und die finanzielle Entlastung von Eltern.

Masseneinwanderung ist nicht die Antwort auf die von den Altparteien mit zu verantwortenden demographischen Probleme Thüringens.

Der Freistaat Thüringen benötigt eine politische Ausrichtung, die ihn insbesondere für junge Familien attraktiv macht. Wir brauchen eine Politik, die in der Stadt und auf dem Land ein selbstbestimmtes Leben sowie ein Miteinander der Generationen auf der Basis unserer Kultur und unserer Lebensweise ermöglicht.

Familien stärken und entlasten

Für die Einführung eines Familien-darlehens.

Die AfD steht für einen Neustart in der Familienpolitik, der auch mit bewährten Konzepten neue Wege einschlägt. Die AfD Thüringen spricht sich daher für ein Familiendarlehen aus, dessen Rückzahlungsbetrag sich in Abhängigkeit von der Kinderzahl verringert.

Den ländlichen Raum für Familien attraktiv gestalten: In Infrastruktur investieren.

Thüringen muss als Bundesland für junge Familien deutlich attraktiver werden. Unser ländlich geprägter Freistaat sollte daher Maßnahmen ergreifen, durch die vernachlässigte und heute strukturschwache Regionen gestärkt und aufgewertet werden. So können diese Regionen auch wieder junge Familien anziehen. Wir wollen Schulstandorte flächendeckend erhalten und in die Infrastruktur investieren. Eine gute Verkehrsanbindung sowie eine verlässliche medizinische Versorgung sind wichtig, damit junge Familien ihren Lebensmittelpunkt im ländlichen Raum behalten oder neu finden.

Die Grunderwerbssteuer reduzieren und den Ersterwerb von Wohneigentum für Familien fördern.

In diesem Zusammenhang fordert die Thüringer AfD, die Grunderwerbssteuer für Familien mit Kindern beim Ersterwerb von Wohneigentum deutlich zu reduzieren. Zudem möchten wir den Ersterwerb von Wohneigentum für Familien mit Kindern durch nachrangige Darlehen fördern, deren Rückzahlung für jedes Kind der Familie teilweise erlassen wird.

Für die Einführung eines steuerrechtlichen Familiensplittings.

Auch die ungerechte steuerliche Belastung der Familien lässt Kinder für manche junge Paare zu einem Armutsrisiko werden. Die AfD Thüringen fordert deshalb eine umfassende Steuerreform unter dem Leitgedanken der Familienfreundlichkeit und der steuerlichen Entlastung von Familien. Insbesondere müssen nach unserer Überzeugung Kinder beim Familieneinkommen steuerlich in Form eines echten Familiensplittings berücksichtigt werden.

Altersgerechte Kinderbetreuung

Die Pflege und die Erziehung der Kinder sind gemäß Artikel 6 unseres Grundgesetzes das natürliche Recht der Eltern und die zuvörderst ihnen obliegende Pflicht. Die Thüringer AfD lehnt eine Aushöhlung dieses Grundrechts entschieden ab. In den ersten drei Lebensjahren ist das Wachsen einer engen Eltern-Kind-Beziehung besonders wichtig. Diese gibt dem Kind Geborgenheit, Verlässlichkeit und schafft das notwendige Urvertrauen.

Grundsätzlich wissen Eltern, was das Beste für ihre Kinder ist. Daher fordert die AfD eine echte Wahlfreiheit für Eltern, über die Art der Erziehung und Betreuung

zu entscheiden. Es darf keine Benachteiligung der Betreuung in der Familie gegenüber einer Tageseinrichtung oder einer Betreuung durch eine Tagesmutter geben. In Krippen und Kindergärten muss eine hohe Qualität insbesondere durch einen angemessenen Betreuungsschlüssel gewährleistet werden.

Die tatsächliche Wahlfreiheit der Eltern bei der Betreuung und Erziehung der Kinder gewährleisten.

Die AfD tritt für die Beibehaltung der Begriffsbezeichnungen „Kinderkrippe“ und „Kindergarten“ ein. Die Bezeichnungen entsprechen der Differenzierung zwischen den unterschiedlichen Bedürfnissen von Kindern verschiedener Altersgruppen und den daraus abgeleiteten Betreuungsanforderungen. Außerdem verweist die Bezeichnung „Kindergarten“ auf das pädagogische Konzept des aus Thüringen stammenden Pädagogen Friedrich Fröbel (1782–1852), der die Einheit von Bildung, Erziehung und Betreuung betonte. Damit hat Fröbel weltweite Anerkennung in der Kinderpädagogik erlangt. Die Thüringer AfD steht für eine Bewahrung und Fortsetzung der Tradition Fröbelscher Pädagogik.

Kindergärten

Unsere Kindergärtnerinnen und Erzieherinnen leisten einen wichtigen Beitrag zur guten Entwicklung unserer Kinder. Zur Wertschätzung gehört neben einer leistungsgerechten Bezahlung auch die Möglichkeit, in Vollzeit zu arbeiten.

Für eine leistungsgerechte Bezahlung von Erzieherinnen und Kindergärtnerinnen, für die Verbesserung der Möglichkeit, Vollzeit zu arbeiten.

Im Mittelpunkt der Kindergartenbetreuung stehen altersgerechtes Spielen und kindgerechtes Lernen. Sexualerziehung hingegen ist das primäre Recht und die Pflicht der Eltern und muss mit der körperlichen und der seelischen Entwicklung von Kindern übereinstimmen. Sie sollte daher nicht im Kindergarten oder in der Grundschule erfolgen. Die AfD lehnt eine detaillierte Darstellung und Erläuterung von sexuellen Praktiken sowie die Infragestellung des eigenen Geschlechts im Rahmen der Kindergartenpädagogik entschieden ab. Lern- und Lehrbuchinhalte haben eine Leitbildfunktion und sollten sich daher vorrangig an der Lebenswelt der gesellschaftlichen Mehrheit orientieren.

Gegen Frühsexualisierung unserer Kinder.

Wir setzen uns dafür ein, dass eine wohnortnahe Kinderbetreuung auch im ländlichen Raum durch finanzielle Unterstützung des Landes garantiert wird.

Ein wichtiger Bestandteil einer guten Kindergartenbetreuung ist ein gesundes Verpflegungsangebot. Für die Speisenversorgung in den Kindergärten sind nach Möglichkeit regionale Anbieter zu bevorzugen. Angeboten werden soll eine regionale, gesunde und heimatverbundene Küche.

Hebammen

Jede Frau hat das Recht, bei der Entbindung, der Vor- und der Nachsorge von einer Hebamme betreut zu werden. Leider droht gerade in ländlichen Regionen ein Mangel an freiberuflichen Hebammen. Für viele dieser Hebammen sind die hohen Haftpflichtprämien ihrer Versicherungen existenzbedrohend. Um entsprechen-

Hebammen bei den Haftpflichtprämien unterstützen.

de Risiken abzufedern, ist ein ausreichend bemessener Unterstützungsfonds aus Landesmitteln einzurichten, mit dem ein Zuschuss zu den Haftpflichtprämien der Hebammen geleistet werden kann.

Kein Kindergeld ins Ausland

Seit 2010 verzehnfachte sich die Summe des ins Ausland abfließenden Kindergeldes auf über 350 Millionen Euro. Die Thüringer AfD setzt sich dafür ein, die bestehenden EU-rechtlichen Vorgaben so zu ändern, dass ein Abfluss deutscher Kindergeldzahlungen auf ausländische Konten in Zukunft nicht mehr möglich ist.

Es geht um Anerkennung: Für eine zukunftssichere Rente

Das umlagefinanzierte Rentensystem zukunftssicher gestalten, Eltern rentenrechtlich besser berücksichtigen.

Die Position der AfD Thüringen ist klar: Wir stehen zur umlagefinanzierten Rentenversicherung! Seit 130 Jahren leistet sie unserem Volk auch in schwierigen Zeiten einen großen Dienst. Darum fordern wir, das Rentensystem an die aktuellen Entwicklungen anzupassen, sodass es auch in Zukunft ein hohes Leistungsniveau für unsere Eltern und Großeltern erreicht.

Uns geht es um Wertschätzung! Insbesondere Eltern müssen deutlich besser gestellt werden. Sie zahlen Beiträge und erziehen zukünftige Beitragszahler. Ihre Erziehungsleistung muss daher viel stärker berücksichtigt werden als bisher. Um die geforderten Maßnahmen umsetzen zu können, muss die Finanzierungsbasis des Rentensystems erweitert werden. Darüber hinaus dürfen private Rentenprodukte wie die sogenannte Riester- und die Rürup-Rente nicht länger staatlich subventioniert werden.

Familienverträglichkeitsprüfung

Eine gute Familienpolitik, welche die Interessen von Familien und Kindern in Thüringen in den Mittelpunkt stellt, setzt voraus, dass alle Gesetze, Verordnungen und alle Verwaltungshandlungen vor Inkrafttreten einer Familienverträglichkeitsprüfung unterzogen werden.